

# Stadtrat gegen Informationsfreiheitsgesetz

## Plenum sieht keinen Bedarf und lehnt Antrag der ÖDP mit großer Mehrheit ab

Von Harry Bruckmeier

**Mainburg.** Der Landkreis Kelheim hat sie schon, genauso wie die Städte Passau oder Abensberg - und seit kurzem auch Abensberg. In der Hopfenstadt dagegen wird es keine sogenannte Informationsfreiheitsgesetz geben, die dem Bürger ein Recht auf Einsichtnahme in diverse Verwaltungsvorgänge verschafft. Der Stadtrat hat in seiner jüngsten Sitzung einen entsprechenden Antrag der ÖDP mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Begründung: Das Rathaus ist seit der Eröffnung des Bürgerbüros offen genug.

Der ursprüngliche Antrag der ÖDP stammt aus dem November

2007. Seither irrlichterte das Papier durch sämtliche Abteilungen des Rathauses und beschäftigte auch immer wieder die Unterausschüsse des Stadtrats. Zu einer Entscheidung kam es freilich nie. Jetzt sollten Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Bürgermeister Josef Reiser (SLU) hatte von der Verwaltung eine positiv formulierte Beschlussvorlage vorbereiten lassen. Demnach sollte ein Entwurf auf der Grundlage der Satzung des Landkreises Kelheim vorbereitet werden. Doch dazu wird es nicht kommen.

Gerhard Lang (ÖDP) legte sich für ein „gläsernes Rathaus“ noch einmal mächtig ins Zeug. Mittlerweile haben seiner Darstellung zu-

folge etwa 50 Kommunen in Bayern eine entsprechende Satzung erlassen. Auch im Landtag gibt es nach Kenntnis Langs eine SPD-Initiative für mehr Transparenz. Im Erlass einer Informationsfreiheitsgesetz sah der ÖDP-Politiker „ein demokratisches Kontroll- und vor allem Mitgestaltungsrecht für den Bürger“.

An eine über die Verwaltung dann hereinbrechende Flut von Anfragen mochte Lang nicht glauben. Beispiele aus anderen Kommunen zeigten das Gegenteil. Betont wissen wollte er, dass sich die Initiative seiner Partei nicht gegen die bisher schon praktizierte Transparenz der Rathausverwaltung richte. Vielmehr gehe es darum, dem Bürger

den größtmöglichen Einblick in Verwaltungsvorgänge zu verschaffen, denn jeder habe hier ein Recht auf Informationen.

Bei seinen Kollegen am Ratsstisch drang Lang mit seinen Argumenten nicht durch. Ausgerechnet die von seinem ÖDP-Kollegen ins Feld geführte geringe Zahl an Anfragen wertete CSU-Fraktionssprecher Thomas Kastner als Beleg dafür, dass eine solche Satzung wenig Sinn macht. Kastner: „Eine solche Informationsfreiheitsgesetz gehört zu den Dingen, die die Welt nicht braucht.“

„Die Bürger finden in unserer Verwaltung immer ein offenes Ohr und der Informationsfluss ist gut“, begründete Junge Liste-Fraktionschef Matthias Bendl seine Ablehnung. Freie Wähler-Sprecher Werner Maier brachte das Bürgerbüro ins Spiel. „Mit der Bürgerfreundlichkeit läuft es sehr gut, und es gibt keinen Hinweis darauf, dass irgendwo Informationen zurückgehalten werden.“ Diese Offenheit sollte nach dem Dafürhalten Maiers „weiter so gepflegt und nicht per Dekret eingefordert werden“.

Als auch noch SPD-Fraktions-sprecher Artur Schmid, der allerdings wegen des Fehlens seiner beiden Mitstreiter Edgar Fellner und Helmut Weiherer am Dienstagabend allein am Ratsstisch saß, ebenfalls „keinen Handlungsbedarf“ sah, stand Gerhard Lang bei der Abstimmung am Ende mutterseelenallein da.